

Politik und Gesellschaft = Politique et société

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Bulletin.ch : Fachzeitschrift und Verbandsinformationen von Electrosuisse, VSE = revue spécialisée et informations des associations Electrosuisse, AES**

Band (Jahr): **95 (2004)**

Heft 10

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Elektrizitätsmarkt- öffnung soll be- schleunigt werden

(pd/d/m) Nach dem Willen des Nationalrats soll der Bundesrat die Öffnung des Elektrizitätsmarktes rascher vorantreiben. Dabei sollen die Versorgungssicherheit garantiert und eine Abstimmung mit der Marktöffnung im EU-Raum erreicht werden.

Die grosse Kammer nahm am 18. März gleich zwei Vorstösse aus den Räten zu diesem Thema an: eine parlamentarische Initiative von Nationalrat Christian Speck mit 91 gegen 66 und eine Motion des Ständerats mit 91 gegen 63 Stimmen.

Nach Ansicht Specks geht die Arbeit an einer neuen Gesetzesvorlage zur Öffnung des Elektrizitätsmarktes zu langsam voran. Auch sei die Expertenkommission für eine Elektrizitätswirtschaftsordnung (ELWO) gegenüber der EU im Rückstand.

Nationalrat und VSE-Präsident Rudolf Steiner bat bei der Beratung, sowohl die Motion Schweiger zu überweisen als auch der parlamentarischen Initiative Speck Folge zu geben, und zwar trotz der Vorarbeiten zur Elektrizitätswirtschaftsordnung ELWO. Als Gründe führte er unter anderem auf:

«Die Marktöffnung ist auch in der Schweiz faktisch gege-

ben, und zwar aufgrund des Bundesgerichtsurteils in Sachen Freiburg/Waadts/Migros und der Drohung des am 1. April 2004 in Kraft tretenden Kartellrechtes, das bei kartellähnlichen Absprachen Bussen von bis zu 10% des kumulierten Umsatzes der letzten drei Jahre vorsieht. Uns bleibt bei dieser faktischen Marktöffnung nur die Wahl, ob wir eine geordnete oder eine wilde Marktöffnung wollen. Entweder kann jeder, der ein Interesse hat – der Haushaltkonsument, der Klein- oder Grossbetrieb – über ein Gerichtsurteil, über die Wettbewerbskommission seinen Zutritt zum Netz, seine Durchleitungsberechtigung erkämpfen. Jemand anders muss dann nachher festlegen, wie die Durchleitungsentschädigung bemessen wird. Nach Meinung des Bundesgerichtes wäre das nach den Vorgaben der vom Volk verworfenen Elektrizitätsmarktgesetzgebung und der Verordnung zu bemessen. Oder wir haben die Wahl, dass wir jetzt Ordnung schaffen, so weit das möglich ist, das Zutritts- und Durchleitungsrecht regeln und auch die zu entrichtenden Entgelte definitiv festlegen.»

Energieminister Moritz Leuenberger zitierte in der Debatte um die Öffnung des Elektrizitätsmarktes aus Shakespeares «Romeo und Julia»: «Wer eilig läuft, der fällt.»

Subkommission für Elektrizitätsmarkt

(m/ef) Die nationalrätliche Energie-Kommission UREK-NR beschloss an ihrer Sitzung vom 29./30. März 2004, zur Umsetzung der Parlamentarischen Initiative «Elektrizitätsmarkt. Sichere Versorgung» von Christian Speck (SVP/AG) eine Subkommission einzusetzen. Als Präsident der siebenköpfigen Gruppe wurde Rolf Hegetschweiler (FDP/ZH) gewählt.

Die Subkommission soll einen Gesetzestext erarbeiten, der die landesweite Versorgung unter Stärkung der Marktposition der einheimischen Wasserkraft gewährleistet. Bei der freien Wahl des Stromlieferanten sollen die Haushalte nicht benachteiligt werden.

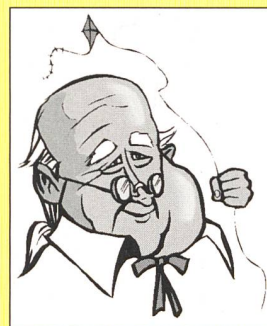
Die UREK-NR hat zudem mit deutlicher Mehrheit die Parlamentarische Initiative von Nationalrat John Dupraz (FDP/GE) zur Annahme empfohlen. Die Initiative will, dass die Produzenten von Biomasse- und Geothermiestrom eine kostendeckende Vergütung erhalten (Übernahme der deutschen Stromeinspeisevergütung).

Schlappe für deut- sches Kartellamt

(h) Das deutsche Bundeskartellamt hat in seinem Kampf für eine Liberalisierung des Strommarktes einen weiteren Rückschlag erlitten. Das Oberlandesgericht Düsseldorf untersagte der Behörde, den Stadtwerken Mainz eine Obergrenze für Entgelte zu setzen, die diese von Konkurrenten für die Nutzung ihres Netzes verlangen.

Die Durchleitungsgebühren gelten als grösstes Problem bei der Liberalisierung des Strommarktes. Bereits im Februar wurde eine vergleichbare Verfügung gegen die Thüringer Energie AG aufgehoben.

Der Blitzableiter



CO₂ filtern oder speichern?

Die Freisetzung von Kohlendioxid (CO₂) durch den Menschen steht im Verdacht, über den «Treibhauseffekt» das globale Klima zu verändern. Energiesparen und die Verwendung CO₂-freier Energieformen sind die nahe liegenden möglichen Gegenmassnahmen. Vom Prinzip her kann man aber die durch den Menschen verursachten (anthropogenen) CO₂-Freisetzungen auch dadurch reduzieren, dass man das bei der Verbrennung entstehende CO₂ auffängt und in geeignete Langzeitlager einbringt. Diese Verfahren sind jedoch nicht nur teuer, sondern vor allem auch mit einem erheblichen Mehrverbrauch an Energie verbunden. Die geschätzten Werte liegen zwischen etwa 20 und 50% der bei der Verbrennung frei werdenden Energie. Der hohe finanzielle und energetische Aufwand für die Verfahren, die ungelösten Sicherheitsfragen und die riesigen Volumen lassen viele Experten an der ausreichend grossmassstäblichen Realisierbarkeit dieses Weges zweifeln. Das Abtrennen und Speichern des Kohlendioxids ist deshalb bis auf weiteres eine eher fiktive Möglichkeit.

B. Frankl



Gemäss Nationalrat Christian Speck (SVP/AG) geht die Arbeit an einer neuen Gesetzesvorlage zur Öffnung des Elektrizitätsmarktes zu langsam voran.

Produktion von Ökostrom in Deutschland verdoppelt

(vdew) Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hat die Produktion von Ökostrom und die Kosten der Förderung kräftig steigen lassen: Stromversorger und private Anlagenbetreiber erzeugten 2003 rund 45 Milliarden Kilowattstunden Ökostrom. Das war fast doppelt so viel wie 1999 – vor Inkrafttreten des EEG.

Die Mehrkosten durch staatlich festgelegte Vergütungen stiegen im gleichen Zeitraum um das Siebenfache: 2003 zahlte die Verbraucher 1,9 (1999: 0,26) Mrd. Euro für die Förderung der Erneuerbaren. Etwa zwei Drittel des Ökostroms oder rund 29 Mrd. kWh wurden 2003 gesetzlich gefördert.

Am stärksten wirkten die Förderprogramme bei Windstrom: Die Produktion stieg 2003 auf 19 (5,5) Mrd. kWh, ermittelte VDEW. Die Erzeugung der Wasserkraft sei mit rund 20 Mrd. kWh nahezu unverändert.



Umfangreiche Förderprogramme für Windstrom (Bild GE).

Deutschland will noch mehr Ökostrom

(zk/m) Der deutsche Bundestag hat am 2. April die Novelle zum Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) verabschiedet. Mit modifizierten Förderbedingungen – das Geld für die vorgegebenen Einspeisevergütungen müssen die Stromverbraucher über die Netzentgelte aufbringen – soll der Anteil der Erneuerbaren an der Stromversorgung bis 2010 auf mindestens 12,5% steigen, bis 2020 auf mindestens 20%. Dies Ziel wird auch von der Opposition geteilt, sie hält aber die von den Verbrauchern zu tragenden Belastungen für entschieden zu hoch. Diese steigen somit von derzeit 2 Mrd. Euro auf 5 Mrd. Euro jährlich.

Sonderbriefmarke «Erneuerbare Energien im Aufwind» (Bild BMU/gp).



EEG nur «nutzlos und teuer»?

(eid) Der wissenschaftliche Beirat beim deutschen Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit hat sich vernichtend zur Förderung erneuerbarer Energien geäußert. Die Wissenschaftler sehen im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ein ökologisch nutzloses, aber volkswirtschaftlich teures Instrument, das konsequenterweise abgeschafft werden müsste.



Umwelt- und Planungsschwierigkeiten überwinden durch unterirdische Kabel?

EU will mehr unterirdische Kabel

(ee) Die Europäische Kommission sieht in der unterirdischen Verlegung von Übertragungsleitungen ein viel versprechendes Mittel, um Umwelt- und Planungsschwierigkeiten beim Bau neuer Elektrizitätsverbindungsleitungen zu überwinden, vor allem im Zusammenhang mit der Initiative der Europäischen Union für Transeuropäische Netze, im Rahmen welcher gewisse Verbindungen als Prioritäten festgelegt sind. Erdkabel sind jedoch immer noch eine sehr kostspielige Lösung, ihre technische Verwirklichung ist anspruchsvoll, und sie sind vom Umweltgesichtspunkt her auch nicht völlig unbedenklich. Ihre Anwendung wird sich daher wohl auf solche Fälle beschränken, wo kritische Verbindungen anders nicht zu verwirklichen sind und wo eine gründliche Wirtschaftlichkeitsstudie durchgeführt wurde. So lautet die Schlüsselbotschaft einer Aussage, die vom Dachverband der gesamteuropäischen Elektrizitätswirtschaft Union of the Electricity Industry – Eurelectric als Antwort auf eine Ende letzten Jahres von der Kommission herausgebrachte Mitteilung und «Background Paper» veröffentlicht wurde.

Der Bau neuer Übertragungsleitungen stößt seit einigen Jahren auf zunehmenden

Widerstand in der Bevölkerung. Breite Teile der öffentlichen Meinung wehren sich aus Gründen des Umweltschutzes und der Landschaftspflege gegen den Bau von Freileitungen, und es gibt überall in Europa Projekte, die nicht über das Stadium der Planungsgenehmigung hinaus gelangen. Gleichzeitig schreitet die Liberalisierung voran, der europäische Elektrizitätssektor strebt danach, den grenzüberschreitenden Stromhandel auszubauen, und die EU-Kommission betont, dass zur Verwirklichung des Elektrizitätsbinnenmarkts wesentliche grenzüberschreitende Verbundleitungen errichtet werden müssen.

Einigung zur Umwelthaftung

(ee/vö) Das Europäische Parlament und der Rat haben sich im Vermittlungsverfahren auf die Richtlinie zur Umwelthaftung geeinigt. Gegenstand des Vermittlungsverfahrens waren vier Themen. Die Einigung, die jetzt erzielt wurde, bedeutet jedoch keine einschneidende Änderung der künftigen Richtlinie über die Umwelthaftung. Die wichtigste Änderung bezieht sich auf die Frage der Deckungsvorsorge, die in der Richtlinie nicht verbindlich vorgeschrieben ist. Es wurde vereinbart, dass die Europäische Kommission sechs Jahre

nach Inkrafttreten der Richtlinie einen Bericht vorlegen wird, der auf folgende Punkte eingehen soll: schrittweise Einführung einer möglicherweise obligatorischen Deckungsvorsorge, eine Obergrenze für die Haftung und Ausnahmeregelung für risikoarme Tätigkeiten aus der Pflichtversicherung. Auf Grundlage dieses Berichts und einer erweiterten Umweltverträglichkeitsprüfung wird die Kommission entscheiden, ob sie einen Vorschlag für ein harmonisiertes und verbindliches System für die Deckungsvorsorge vorschlagen wird.

KKW Obrigheim wird 2005 stillgelegt

Voraussichtlich im Frühjahr 2005 wird das Kernkraftwerk Obrigheim seinen Leistungsbetrieb einstellen, gab die EnBW Energie Baden-Württemberg AG bekannt. Die Nachbetriebsphase werde dann bis Ende 2006 gehen, der konventionelle Abriss könne bis 2023 abgeschlossen werden.

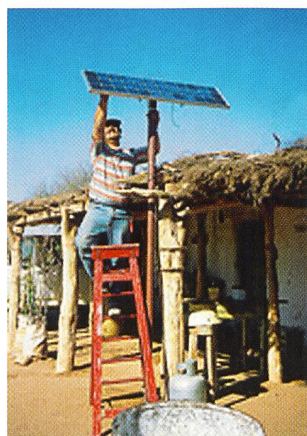
Soziale Aspekte in ländlicher Elektrifizierung mit Photovoltaik

(ise/fr) Der Erfolg ländlicher Elektrifizierung hängt wesentlich von der Integration sozialer Aspekte ab. Das Fraunhofer ISE, Freiburg (D), hat in einem EU-Projekt ein Trainingspaket für Firmen und Organisationen entwickelt, die sich mit autonomen Stromversorgungen beschäftigen. In das Projekt flossen die Erfahrungen aus zehn Jahren ländlicher Elektrifizierung ein. «Durch Beachtung der sozialen Aspekte können Projektleiter den ökonomischen Erfolg der Projekte sichern», so Sebastian Gözl, Psychologe am Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme ISE. «Wer heute eine Photovoltaikanlage zur Dorfstromversorgung liefert, muss 7 bis 10 Jahre Gewährleistung für die Funktion übernehmen. Schon ein uner-

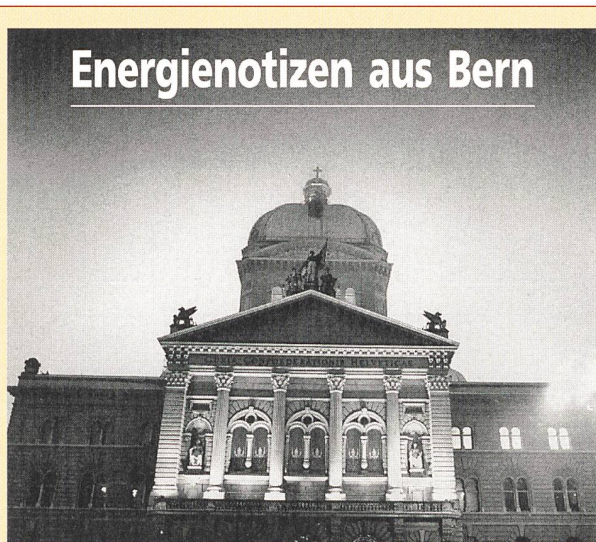
warteter Batteriewechsel macht das Projekt in der Regel zum Verlustgeschäft.»

Die Kombination von technischer und sozialer Kompetenz kann solche Probleme bei autonomen Stromversorgungen vermeiden. Die vom Fraunhofer ISE angebotenen Trainingspakete wenden sich an Geldgeber, Politiker, Planer, Hersteller und Installateure. Die Trainingsteilnehmer lernen an Praxisbeispielen die Methodik, um nicht-technische Faktoren im Projektmanagement zu berücksichtigen. So können sie dann sozial und kulturell angepasste Konzepte zur Finanzierung, Technologie-Einführung und Wartung erstellen, durch Monitoring den Projekterfolg sichern sowie Nutzer und lokale Techniker trainieren. «Wer eine bisher unbekannt Technologie erfolgreich einsetzen will, braucht auch Kompetenz in Sachen Psycho-Logik», bringt es Gözl auf den Punkt.

Zwei Milliarden Menschen haben keinen Zugang zum Stromnetz. Autonome Photovoltaiksysteme stellen in ländlichen Gebieten oft die ökonomisch und ökologisch beste Lösung dar. Die Erfahrungen des Fraunhofer ISE zeigen: Es reicht nicht, die technischen Anlagen zur Stromversorgung bereitzustellen. Erfolgreich waren die Projekte nur dann, wenn soziale Faktoren wie Einkommen und Wissensstand der Nutzer, kulturell angepasste Finanzierungsmodelle sowie Wartung durch lokale Kräfte berücksichtigt wurden.



Solarmodul für Solar-Home-System in Argentinien (Bild ISE).



Sozio-ökonomische Auswirkungen von Entsorgungsanlagen

(bfe) Das Bundesamt für Energie (BFE) gibt eine Grundlagenstudie zu den sozio-ökonomischen Auswirkungen von Entsorgungsanlagen in Auftrag. Das vorhandene Wissen soll aufbereitet und anhand von Einzelfallstudien vertieft werden. Die Arbeiten werden mit der von der Arbeitsgruppe Opalinus in Auftrag gegebenen Untersuchung zum Entsorgungsprojekt im Zürcher Weinland koordiniert.

Revidiertes Kartellgesetz in Kraft gesetzt

(evd) Der Bundesrat hat das revidierte Kartellgesetz auf den 1. April 2004 in Kraft gesetzt und die Sanktionsverordnung dazu verabschiedet. Die Neuerungen stellen ein wichtiges Instrument zur Stärkung einer wachstumsorientierten Wirtschaft dar.

Die Änderung des Kartellgesetzes führt direkte Sanktionen für die schädlichsten kartellrechtlichen Verstösse ein. Die Wettbewerbskommission (Weko) wird neu in drei Fällen direkt Sanktionen gegen Unternehmen aussprechen können:

- Preis-, Mengen- oder Gebietsabreden unter Konkurrenten;
- Verpflichtung von Abnehmern zur Einhaltung von fixen oder minimalen Weiterverkaufspreisen; oder Vertriebsabreden, welche die Schweiz vom Ausland abschotten;
- Missbrauch von Marktmacht durch marktbeherrschende Unternehmen.

Mit der Möglichkeit direkter Sanktionen soll vor allem die präventive Wirkung des Gesetzes erhöht werden. Die geänderten Bestimmungen des Kartellgesetzes sehen u.a. eine Sanktionsbefreiung vor für Unternehmen, die bestehende Wettbewerbsbeschränkungen bis 30. März 2005 der Weko melden bzw. auflösen, oder erst geplante Wettbewerbsbeschränkungen melden, sofern die Wettbewerbsbehörden nicht innerhalb von 5 Monaten ein Verfahren eröffnen.

Die neue Sanktionsverordnung enthält ausführende Bestimmungen zur Sanktionsbemessung, zur Bonusregelung und zum Meldeverfahren. Der Basisbetrag für direkte Sanktionen beträgt 0 bis 10% des in den letzten drei Jahren auf dem relevanten Markt in der Schweiz erzielten Umsatzes. Mit der Bonusregelung kann die Weko einem Unternehmen je nach Umfang seiner Mitwirkung bei der Aufdeckung eines Verstosses die direkte Sanktion ganz oder teilweise erlassen.

Geld verdienen mit Photovoltaik

(ise) Das Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme ISE in Freiburg (D) weist auf die neuen Einspeisevergütungen für Photovoltaikstrom in Deutschland hin. Dabei können Photovoltaiksysteme zum attraktiven Anlageobjekt werden. Seit Anfang 2004 wird Strom aus neuen Photovoltaik-Anlagen deutlich höher vergütet als bisher. Der Gesetzgeber hat damit auf den Wegfall des 100000-Dächerprogramms reagiert, das günstige Kredite bot. Neben der Anhebung der Einspeisevergütung schuf er auch Klarheit für freistehende und Fassaden-integrierte Anlagen. Er gibt damit Investoren Sicherheit und Anreiz für grosse Anlagen.

Photovoltaik wird für neue Zielgruppen interessant: Landwirte, Wohnungsbaugesellschaften und Unternehmen mit grossen Dachflächen können bei minimalem Risiko mit Gebäudeflächen zusätzlich Gewinn erwirtschaften. Fondsgesellschaften können attraktive Geldanlagen für Privatleute ohne eigenes Dach bereitstellen. Banken können neue Kreditmodelle, Versicherungen neue Versicherungsangebote entwerfen. «Im optimalen Fall kann man die Anlage durch die Einspeisevergütung ohne laufende Belastung refinanzieren und Renditen von 6% und mehr erreichen», so ISE-Ingenieur Klaus Kiefer. «Entscheidend für die Rendite sind gute Pla-

nung, hochwertige Komponenten und sorgfältiges Monitoring. Die hohen Investitionskosten und das komplexe Zusammenwirken von Einstrahlung und Technik erfordern eine lückenlose Qualitätssicherung».

Wenn die Anlage steht, sorgt Performance-Monitoring dafür, dass die Stromausbeute nicht nur bei der Abnahme stimmt. Dazu Kiefer: «Nach 10 Jahren Monitoring können wir nachweisen, dass durch uns überwachte Anlagen bis zu 14% mehr Energie lieferten als andere.» Eine Photovoltaik-Anlage braucht etwa 8 m² Fläche für 1 kW Spitzenleistung. Der Jahresertrag für einen Standort in Süddeutschland liegt bei guten Anlagen über 900 kWh/kW_p. Beispiel: 50 kW_p-Anlage; 40% Eigenkapital entsprechen 90 000 Euro und sind nach zehn Jahren refinanziert. Die folgenden zehn Jahre – solange garantiert das Gesetz die Vergütung – erzielt die Anlage rund 250 000 Euro an Einspeisevergütung. Die neuen deutschen Einspeisevergütungen für Photovoltaik (Angaben jeweils pro kWh):

Freistehende Anlagen

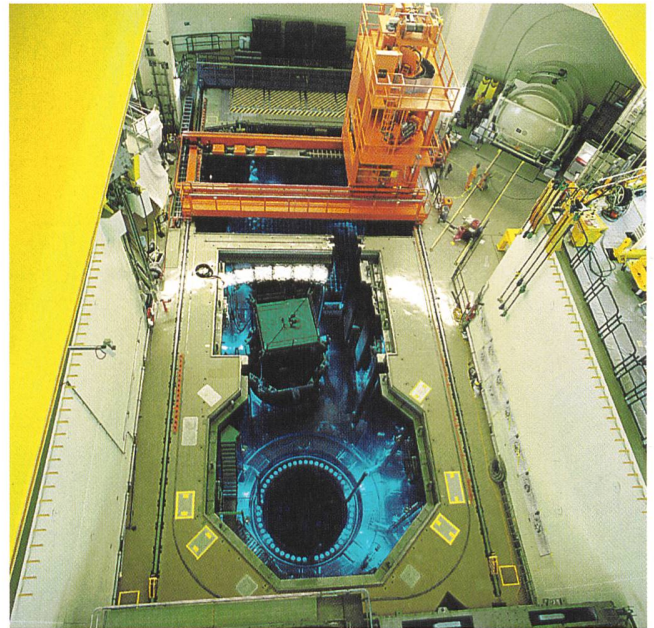
- 45,7 Cent
- Anlagen auf Gebäuden oder Lärmschutzwänden*
- 57,4 Cent bis 30 kW
- 54,6 Cent für den Teil von 30 bis 100 kW
- 54,0 Cent für den Teil über 100 kW

zuschlag für Fassaden

- 5,0 Cent



Mit dem Solardach Geld verdienen? Solarstrom-Anlage auf Bielefelder Fussballstadion (Bild SMA Regelsysteme/UVS).



Brennelementwechsel im Kernkraftwerk Isar 2 (Leistung 1475 MW/Bild EON).

«Weltmeister» in der nuklearen Stromproduktion

(daf) Die erfolgreichsten Kernkraftwerke der Welt werden in Deutschland betrieben. Sechs der zehn weltweit besten Produktionsergebnisse wurden im vergangenen Jahr von deutschen Kernkraftwerken erzielt. Mit einer Jahreserzeugung von 12,32 Milliarden Kilowattstunden (kWh) wurde das Kernkraftwerk Isar 2 (Leistung 1475 MW) bereits zum fünften Mal in Folge Weltmeister in der Stromproduktion.

Mit der vergleichsweise niedrigen Zahl von 19 Reaktoren produzierte Deutschland 2003 die vierthöchste Strommenge hinter den USA, Frankreich und Japan. Die Kernenergie deckt in Deutschland gegenwärtig etwa ein Drittel des gesamten Strombedarfs.

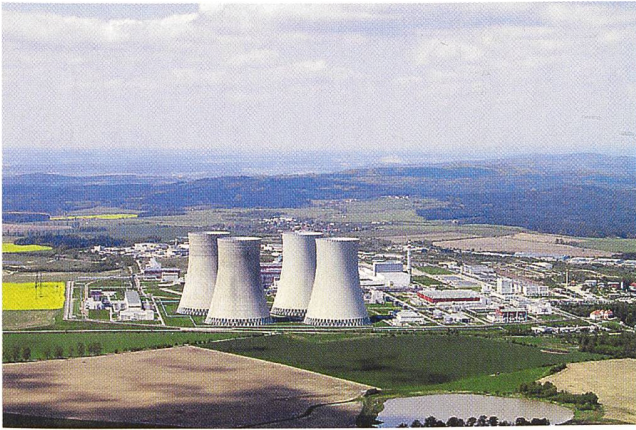
Die nukleare Stromerzeugung hat sich seit Mitte der 80er-Jahre weltweit verdoppelt. Der Anteil der Kernenergie an der Weltstromproduktion liegt damit bei rund 17%. 438 Reaktorblöcke sind gegenwärtig in 31 Ländern in Betrieb. Darunter befinden sich alle grösseren Industrienationen sowie die Schwellenländer Brasilien, China und Indien. Während in Kanada vorübergehend stillgelegte

Reaktoren wieder in Betrieb genommen werden und die USA und Frankreich durch Leistungserhöhungen und Laufzeitverlängerungen ihr Kernenergiepotenzial erhöhen, wird in Finnland ein neuer Reaktor errichtet. Ende 2003 befanden sich weltweit 32 Kernkraftwerksblöcke in zwölf Ländern in Bau.

Atomkonsens: Ausstieg ist absehbar

(st) Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) hat die von den Betreibern übermittelten Daten über die in Kernkraftwerken erzeugten Strommengen für das Jahr 2003 im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Demnach wurden vom 1. Januar 2000 bis zum 31. Dezember 2003 24% der im Atomkonsens festgelegten Gesamtstrommenge von 2600 Mrd. kWh produziert. Die Daten vermitteln ein Bild von der abgelaufenen und der noch verbleibenden Betriebszeit der Kernkraftwerke. Der Ausstieg aus der Kernenergienutzung wird damit auch in Zahlen deutlich. Im Jahr 2003 wurde eine Strommengenübertragung vom Atomkraftwerk Philippsburg 1 auf das Atomkraftwerk Obrigheim durchgeführt. Am 14. November wurde das Kraftwerk Stade endgültig stillgelegt.



Zurzeit beträgt die kumulierte Leistung der Kernkraftwerke in Tschechien 3472 MW: Kernkraftwerk Temelin (Bild Airfoto).

Ausbau der Kernenergie in Tschechien?

(gs) Tschechien plant die Erhöhung des Kernenergieanteils an der Gesamtproduktion bis 2030 von bisher 18% auf 36 bis 38%, was den Bau neuer Reaktorblöcke wahrscheinlich macht. Anzahl und Standorte wurden noch nicht genannt. Das sieht ein neues Energiekonzept, welches von der Regierung genehmigt wurde, vor. Vorgesehen ist weiterhin die Halbierung der Mitarbeiterzahl verbunden mit der gleichzeitigen Steigerung der Produktivität. Bereits gab es schon Proteste von Umweltschützern und Atomgegnern vor dem Regierungsgebäude.

Royal Air Force will Windparkbau einschränken

(gs) Das Britische Verteidigungsministerium befürchtet Nachteile bei der Luftraumüberwachung der Royal Air Force und ist deshalb gegen die Errichtung von Windparks in 74 Kilometern Umkreis von Radarstationen. Als Begründung wurde die Gefahr für tief fliegende Flugzeuge genannt. Das Ministerium betonte aber, generell nicht gegen die Windkraft zu sein. Umweltschützer halten die Aussagen des britischen Militärs für übertrieben. Auch in anderen Ländern gibt es Einschränkungen, der Umkreis beträgt da aber nur 5 km.

Windkraftanlage bei Waldshut wird nicht gebaut

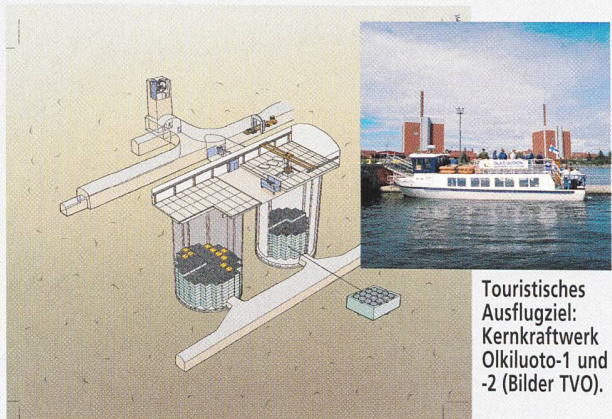
(a) Waldshut-Tiengen (D) bleibt frei von Windkraftanlagen. Zwei Jahre nach ihrem Bauantrag für zwei bis zu 140 Meter hohe Windräder hat eine Investorenfirma ihr Projekt zurückgezogen. Sie hatte Befürchtungen einer Bürgerinitiative über Lärm- und Schattenbeeinträchtigungen nicht ausräumen können.

«Sagesse énergétique» a permis une réduction d'émissions de 64 MtCO₂

(ee) Le programme «Energy Wisdom» (EWP) («Sagesse énergétique») est une initiative volontaire de l'industrie électrique en faveur du développement durable lancée en l'an 2000 par l'association professionnelle Union of the Electricity Industry – Eurelectric. Ce second rapport souligne les résultats du second cycle d'études du Programme, celui-ci couvrant les années 2000, 2001 et 2002. Les entreprises participantes, représentant environ un tiers de la capacité de production de l'UE, ont fait état d'une centaine de projets pionniers, surtout dans le domaine de la production d'électricité. Ces projets augmentent l'efficacité énergétique dans le domaine de la production d'électricité pour

Finnlands Klimapolitik braucht neue KKW

(sva) Finnland muss den Zeitplan zum Bau des Kernkraftwerks Olkiluoto-3 einhalten und das neue Kernkraftwerk wie geplant 2009 ans Netz bringen, um die Treibhausgas-Emissionen in den Griff zu bekommen. Dies schreibt die Internationale Energieagentur (IEA) der OECD. Die Pläne des Elektrizitätsunternehmens TVO hätten beachtliche Aufmerksamkeit erregt, da sie erstmals den Bau eines Kernkraftwerks in einem liberalisierten Elektrizitätsmarkt vorsehen, so die IEA. Die Inbetriebnahme könnte sich infolge unvorhersehbarer Hindernisse verspäten. Finnland sei jedoch auf die Ausweitung der Stromkapazität und auf eine Senkung der Treibhausgas-Emissionen angewiesen. Die IEA bezeichnet die energische und offene nationale Debatte über Kernenergie und die Bemühungen zur sicheren Langzeitlagerung der radioaktiven Abfälle als Grundpfeiler des erfolgreichen Kernenergie-Programms.



Langzeitlagerung der radioaktiven Abfälle in Finnland (Projektskizze).

Touristisches Ausflugsziel: Kernkraftwerk Olkiluoto-1 und -2 (Bilder TVO).

la plupart, mais aussi dans celui de la transmission, de la distribution et de l'utilisation d'électricité. Ils ont permis une réduction d'émissions d'environ 64 MtCO₂eq et d'économiser 7 Mtoe de combustible.

Schweiz soll nachhaltige Entsorgung zügig realisieren

(nag) Eine im Dezember 2003 im Auftrag der Nagra durchgeführte repräsentative Meinungsumfrage der Publist AG bei über 1000 Personen zeigt deutlich: die nachhaltige Entsorgung radioaktiver Abfälle soll möglichst schnell (83%) innerhalb der Schweizer Landesgrenzen (75%) gelöst werden.

Zudem glaubt eine Mehrheit (61%) der Schweizerinnen und Schweizer, dass die Wissenschaftler sichere Entsorgungslösungen technisch umsetzen können – und, dass bei der

Wahl eines Lagerstandortes Sicherheitsüberlegungen oberste Priorität haben sollen.

Italiens Stromverbrauch steigt weiter

(e) Der Stromverbrauch in Italien ist im Jahr 2003 gegenüber dem Vorjahr um 2,9% auf 319 Mrd. kWh gestiegen. Die inländische Stromproduktion habe 84,1% des Bedarfs gedeckt, teilte der italienische Netzbetreiber GRTN mit. Dies seien 3,3% mehr als im Vorjahr. 15,9% des Stroms seien importiert worden.



Italien braucht immer mehr Strom (Dom in Siena).